



Offener Brief an alle Universitäten Deutschlands

Sehr geehrte Universitätsleitung,
sehr geehrte Professoren,
sehr geehrte Forschende,

seit der offiziellen Erklärung der COVID-19-Epidemie zur Pandemie durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) am 11.03.2020, hat die deutsche Regierung unterschiedlichste Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie verhängt. Diese Maßnahmen haben zunehmend das private und öffentliche Leben der Bürgerinnen und Bürger eingeschränkt. Was mit Geschäftsschließungen und Absagen von Großveranstaltungen begann, weitete sich letztendlich unter anderem auf eine Maskenpflicht in öffentlichen Verkehrsmitteln, Geschäften, sowie Innenstädten aus, führte zu Kontakt- und nächtlichen Ausgangssperren, Kita- und Schulschließungen, Hinderung der ungestörten Religionsausübung, Ausübung der Berufstätigkeit und letztlich auch zu Einschränkungen des Demonstrationsrechts.

Innerhalb Deutschlands werden diese Maßnahmen jedoch uneinheitlich, das heißt von Land zu Land und Ort zu Ort individuell umgesetzt. Darüber hinaus wurden sie teilweise kurz nach der Einführung von den zuständigen Gerichten wieder für rechtswidrig erklärt (wie zum Beispiel die gerichtliche Aufhebung der nächtlichen Ausgangssperre in Hannover, 06.04.2021). Sind die Maßnahmen auf Grundlage der Gesamtheit wissenschaftlicher Erkenntnisse verhängt worden, sollte man erwarten können, dass diese nicht kurz nach Einführung wieder verändert oder für ungültig erklärt werden. Daraus schließen wir, dass vorab kein eingehender Diskurs stattgefunden hat.

Doch nicht nur die Maßnahmen, sondern auch die herangezogenen Kennwerte, an denen sich jene orientieren, sind auf Basis immer neuer Richtlinien beschlossen worden. Während zu Beginn der Pandemie das Erreichen einer Herdenimmunität und der sogenannte R-Wert im Fokus standen, wird nun der Inzidenzwert als zentrales Kriterium betrachtet. Doch selbst die Schwelle dieses Werts änderte sich von 100 auf 50, bis zuletzt auf 35 positiv Getestete pro 100.000 Einwohner, bevor nun mit Voranschreiten der Impfkampagne mögliche Lockerungen an die Zahl der Geimpften geknüpft werden.

Als Studenten lernen wir von Beginn des Studiums an, Forschung nachvollziehbar, transparent und schlüssig durchzuführen und auch für Laien verständlich zu argumentieren. So lassen sich Experimente wiederholen und die Gründe für uneinheitliche Ergebnisse weiter erforschen. Der ständige Wechsel des Fokus seitens der Regierung, sowie die generelle und geographische Uneinheitlichkeit der Maßnahmen wirkt jedoch willkürlich. Die politischen Entscheidungen innerhalb der Pandemie werfen bei uns eine Vielzahl von Fragen auf.

Ist eine Universität nicht ein Ort, der Wissen schaf(f)t? Sie sollte gerade daher für Wissenschaftlichkeit als einheitliche und nachvollziehbare Grundlage jeglicher Entscheidung plädieren, um Transparenz zu gewährleisten. Die Universität nimmt eine zentrale Rolle innerhalb der Forschung ein. Daher wenden wir uns mit diesem offenen Brief an alle Universitäten Deutschlands. Wir bitten Sie alle, den zahlreichen bisher ungeklärten Fragen nachzugehen, zu forschen und ihre Forschungsergebnisse für eine transparente wissenschaftliche Grundlage zur Verfügung zu stellen, auf welchen die Maßnahmen letztendlich beruhen sollten.



Besonders bei massiven Eingriffen in unser aller Grundrechte, ist eine evidenzbasierte Aufklärung unabdingbar und sollte den wissenschaftlichen Diskurs fördern. Daher appellieren wir an die Wichtigkeit unvoreingenommener und unabhängiger Forschung.

Wir von StudentenStehenAuf setzen uns für einen offenen Diskurs ein und hinterfragen kritisch den aktuellen Umgang mit der Pandemie, den wir als sehr besorgniserregend empfinden. Wir sehen uns als junge Generation vor eine unsichere Zukunft gestellt. Es ist nicht unser Ziel, „Verschwörungstheorien“ zu verbreiten und wir leugnen nicht die Existenz des SARS-CoV-2 Virus. Uns eint die Problematik der Pandemie ungeachtet jeder persönlichen politischen Ausrichtung.

Ungeklärte Fragen in Bezug auf die erlassenen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie:

1. In welchem Verhältnis stehen die Vor- und Nachteile des Tragens einer medizinischen Mund-Nase-Bedeckung?

Der Bevölkerung wird vermittelt, dass eine medizinische Mund- und Nase-Bedeckung durch das Abfangen von Aerosolen eine Verbreitung der Viren über die Luft eindämme. Hierbei wird ein Jeder nicht nur für seinen eigenen Schutz, sondern auch für den Schutz seiner Mitmenschen verantwortlich gemacht. Jedoch stellen sich uns eine Vielzahl von Fragen vor allem bezüglich potenzieller negativer Auswirkungen durch das Tragen eines solchen Mundschutzes:

- 1.1. Welche Erkenntnisse liegen zu evtl. neuen beziehungsweise steigenden Lungenerkrankungen vor, die durch das Tragen von Masken verursacht sein könnten (z.B. Pilzbefall, Lungenödeme, Reduziertes Lungenvolumen, etc.)?

Die Mund- und Nasenbedeckung bedeckt und verbirgt einen beträchtlichen Teil des Gesichts. Die Sichtbarkeit des Gesichts ist jedoch ausschlaggebend für die Wahrnehmung und Deutung von Gesichtsausdrücken und die darin enthaltenen kommunikativen Botschaften.

- 1.2. Wie wirkt sich das Abdecken der unteren Gesichtspartie auf die Wahrnehmung und das Ausdrücken von Emotionen und somit auf die Interaktion aus?

Neben der emotionalen Botschaft ist die Sichtbarkeit der Mundbewegung beim Erlernen einer Sprache und der Kommunikation ein zentraler Bestandteil.

- 1.3. Wie wirkt sich das Abdecken der unteren Gesichtshälfte auf die Kommunikationsfähigkeit von Gehörlosen beziehungsweise das Erlernen einer Sprache zum Beispiel bei Kindern und Fremdsprachlern aus?

Die zugelassenen FFP-2 Masken wurden ursprünglich im Sinne des Arbeitsschutzes eingesetzt. Allerdings benötigt dies vor Anwendung eine ausführliche medizinische Untersuchung des Trägers, und bezieht sich auf ein zeitlich limitiertes Tragen.

- 1.4. Inwiefern wirkt sich die alltägliche Anwendung einer FFP-2 Maske bei Individuen aus, für die es eine medizinische Kontraindikation gäbe?
- 1.5. Inwieweit hindert der unterbundene Kontakt zu Viren und Bakterien die natürliche Entwicklung und Stärkung des Immunsystems?



2. In welchem Verhältnis stehen die Vor- und Nachteile des Abstandhaltens und einer sozialen Isolation/Kontaktbeschränkung zum Beispiel in Form von Quarantäne?

In Bezug auf die Rechtfertigung der Maßnahmen heißt es, der Abstand und die soziale Isolation, unter anderem in Form von Quarantäne, schütze vor der Verbreitung des Virus.

- 2.1. Wie wirksam ist der Schutz durch Masken tatsächlich? Wäre bei einem hohen Schutz der Masken ein zusätzlicher Abstand von mindestens 1,5 m nicht hinfällig beziehungsweise welchen medizinischen Nutzen hat das Tragen einer Maske, wenn dieser Abstand eingehalten werden kann?

Der Mensch ist von seiner Natur aus ein soziales Wesen und für eine gesunde Entwicklung auf soziale Interaktion mit Mitmenschen angewiesen.

- 2.2. Wie wirkt sich Isolation auf die (psychische) Gesundheit von Menschen, insbesondere von Älteren und Kindern aus?
- 2.3. Wie sind die Auswirkungen auf die (psychische) Gesundheit von Menschen, die sich zum Beispiel von Sterbenden nicht mehr verabschieden, und somit keinen gesunden Trauerprozess durchleben konnten/können?
- 2.4. Wie wirkt sich soziale Isolation auf die Genesung von Kranken, beziehungsweise auf die Entwicklung von Frühgeborenen aus?

Die menschliche Interaktion ist grundlegend für das Schaffen und Erhalten von Tradition und Kultur. Dies reicht zum Beispiel von Film-, Theater- und Musikkultur, über religiöse Bräuche, bis hin zu Volksfesten.

- 2.5. Welche Folgen haben soziale Isolation beziehungsweise Kontaktbeschränkungen auf das Schaffen und Erhalten von Kulturgut und somit auf die Gesellschaft?

Die soziale Isolation bewegt viele Menschen, auf andere Interaktionswege (z.B. soziale Medien) auszuweichen beziehungsweise diese verstärkt zu nutzen.

- 2.6. Inwiefern beeinflusst die Nutzung virtueller Kommunikationsmittel die persönliche Mensch-zu-Mensch Interaktion?
- 2.7. Inwiefern beeinflusst der erhöhte Medienkonsum mit verlängerter Bildschirmzeit die mentale und körperliche Gesundheit der Nutzer?

3. In welchem Verhältnis stehen die Vor- und Nachteile der Maßnahmen in Bezug auf das Gesundheitssystem?

Während in den Medien vor einer starken Überlastung des Gesundheitssystems vor allem in Bezug auf die Bettenkapazitäten der Intensivstationen gewarnt wird, wurde während der Pandemie die Anzahl der Intensivbetten deutschlandweit stark reduziert. Des Weiteren wurden zahlreiche Krankenhäuser vollständig geschlossen.

- 3.1. Welche Arten von Krankenhäusern wurden geschlossen, und auf welcher Grundlage?
- 3.2. Welche Erkenntnisse liegen vor, die einerseits den Bettenabbau auf den Intensivstationen rechtfertigen, während diese andererseits zur Behandlung von Patienten gebraucht werden?



Mit der Begründung, Kapazitäten der Krankenhäuser zur Behandlung von COVID-19 Patienten freizuhalten, wurden unter anderem als „nicht-notwendig“ erklärte Operationen und Behandlungen ausgesetzt.

- 3.3. Welche Zahlen liegen hinsichtlich des Verhältnisses der einerseits durchgeführten COVID-19 Behandlungen gegenüber den andererseits unterlassenen Behandlungen und Operationen anderer Krankheiten (z.B. Krebsbehandlungen, Herzoperationen etc.) vor und welche medizinischen Folgen ergeben sich daraus?

Als Lösung zur Beendigung der Pandemie wird die Impfung deklariert. Diese schützt anscheinend jedoch nicht vor der Erkrankung COVID-19, sondern mindert lediglich die Symptome und somit die Schwere des Krankheitsverlaufs im Falle einer Ansteckung.

- 3.4. Liegen Ergebnisse vor, die belegen, dass die Impfung eine Weitergabe des Virus unmöglich macht? Könnten Geimpfte eventuell erst durch die Impfung ansteckend werden und somit das Virus verbreiten?
- 3.5. Rechtfertigt der Nutzen der Impfung die potenziellen Nebenwirkungen, wenn zum Beispiel gerade junge Menschen größtenteils einen milden beziehungsweise asymptomatischen Verlauf der Krankheit vorweisen?

Da eine Impfung per Definition das Ziel hat, vor einer späteren Infektionskrankheit zu schützen, indem sie diese in einem Individuum gar nicht erst zum Ausbruch kommen lässt, trifft diese Definition nicht auf die „Impfstoffe“ zu, die momentan zur Behandlung der COVID-19 Erkrankung verabreicht werden. Diese Behandlung wäre somit eher als Medikation anzusehen.

- 3.6. Wie weitreichend wären die Auswirkungen der Behandlung als Medikament statt als Impfmittel in Bezug auf die Behandlungsindikation?

Neben den bisher offiziell angebotenen Impfstoffen, haben unter anderem auch Ärzte und Forscher unabhängig an alternativen Behandlungsmethoden und -mitteln geforscht beziehungsweise diese entwickelt und erfolgreich angewandt (u.a. Chlordioxid oder die Behandlung mit einem rekombinanten Antigen).

- 3.7. Inwiefern wurde an alternativen Behandlungsmethoden und -mitteln weitergeforscht, und welche Erkenntnisse liegen hierzu vor? Wenn diese Forschung eingestellt wurde, welche Gründe werden hierzu genannt?

4. Wie verlässlich sind die Inhalte der präsentierten Statistiken?

Die Anzahl der Grippefälle ist im Jahr 2020 statistisch stark gesunken, während die Anzahl der COVID-19 Erkrankungen trotz zahlreicher Maßnahmen nicht eingedämmt werden konnten. Es scheint folglich so, als helfen die Maßnahmen zwar die Grippe zu unterbinden, jedoch reichen diese nicht, um das Ausbreiten der COVID-19 Erkrankung zu verhindern.

- 4.1. Wie lässt sich die starke Reduktion der alljährlich auftretenden Grippefälle erklären, während keine Maßnahme zur Eindämmung der Pandemie ausreichende Wirksamkeit aufzuweisen scheint?

Das Robert Koch Institut veröffentlicht regelmäßig Daten zum aktuellen Infektionsgeschehen (z.B. Zahlen der gemeldeten Infizierten- und Todeszahlen). Aus unterschiedlichen Quellen liegt uns vor, dass diese Berechnungen vor allem bezüglich der 7-Tages-Inzidenz jedoch nicht korrekt durchge-



führt werden und somit zu massiv verzerrten Ergebnissen führen. Dennoch bilden diese Fallzahlen die Grundlage vieler aktueller Maßnahmen und werden zusätzlich von offiziellen Medien veröffentlicht. Des Weiteren werden diese oft ohne Relation zu Vergleichsgrößen wiedergegeben. Leider fehlt jedoch Laien meist das Wissen und die Erfahrung, Statistiken korrekt zu lesen beziehungsweise Möglichkeiten zur verzerrten (graphischen) Darstellung zu erkennen. Auch werden in den Medien häufig Begriffe verwendet, deren Definition dem Normalbürger häufig nicht bekannt sind und somit unnötig zum Schüren von Angst oder Panik beitragen (z.B. „ansteckender“, was fälschlicherweise auch als gefährlicher interpretiert wird).

4.2. Liegen Ihnen Möglichkeiten vor, Berechnungen mit den offiziellen Daten (z.B. Inzidenzraten) zu wiederholen, um das statistische Vorgehen zu überprüfen und als unabhängige Stelle zu bestätigen beziehungsweise zu berichtigen?

Laut Bundesministerium für Gesundheit gilt eine Erkrankung als selten, wenn nicht mehr als 5 von 10.000 Menschen von ihr betroffen sind.

4.3. Sollte ein Inzidenzwert von 50 pro 100.000 Personen unterschritten werden, würde COVID-19 dann als seltene Erkrankung gelten? Welche Konsequenzen hätte dann die Einstufung von COVID-19 als seltene Erkrankung?

Die hier angesprochenen Problematiken sind nur eine begrenzte Auswahl einer Vielzahl von Fragen, die wir und viele Andere aufgrund eines mangelnden Diskurses noch nicht hinreichend beantwortet sehen. In welchem Verhältnis stehen einschneidende Maßnahmen zu potenziell gravierenden und schädlichen Auswirkungen, wenn Letztere nicht ausreichend berücksichtigt werden und die Folgen unter Umständen erst in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten sichtbar werden? Dies könnte nachhaltig zu schwerwiegenden Problemen führen, die nicht nur Gesundheit und Wirtschaft, sondern auch Gesellschaft und Kultur betreffen.

Die aktuell auferlegten Maßnahmen verletzen zutiefst die Bürgerrechte in erheblichem Maße. Daher scheint uns die unzureichende Beantwortung zentraler Fragen ein ausschlaggebender Grund zu sein, das Verhältnis der Vor- und Nachteile und somit den Nutzen der aktuellen Maßnahmen zu hinterfragen. Nach über 13 Monaten Pandemie mit all ihren Auswirkungen sollten unzählige Daten zur Verfügung stehen. Dennoch fehlt bisher der ausgewogene wissenschaftliche Diskurs in der Öffentlichkeit unter Berücksichtigung auch kontroverser Positionen, um zu einem fundierten Konsens zu gelangen.

Wir appellieren daher an jede Universität in ihrer Rolle als wichtige, unabhängige Institution für unvoreingenommene und umfassende Forschung. Wir appellieren an jeden Forscher, auf Grundlage des wissenschaftlichen Ethos zu handeln.

Wir bitten die Universitäten, sich aktiv an dem Aufklärungsprozess zu beteiligen und öffentlich mitzuteilen, (1) welche Befunde bereits existieren, (2) zu welchen Themen momentan geforscht wird und (3) wann Ergebnisse zu erwarten sind, sowie (4) diese Ergebnisse den Entscheidungsträgern vorzulegen.

Herzlichst,
die Studenten der *StudentenStehen.Auf*-Initiative

